Zweites Kapitel: Das endgültige Aus: Die Jahre 1938–1941/42

I. Die vollständige Ausplünderung und ihre Nutznießer

Nachdem im Laufe des Jahres 1938 die Veräußerung jüdischen Vermögens sukzessive unter die Kontrolle verschiedener kommunaler Herrschaftsträger geriet, setzte vor allem nach dem Pogrom vom November 1938 die massenhafte Ausplünderung des jüdischen Besitzes ein. Ausschlaggebende Bedeutung hatte die „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“, die sämtliche Wertpapiere von Juden dem Depotzwang unterwarf, ihnen darüber hinaus die Abgabe von Edelmetallen, Juwelen, Schmuck- und Kunstgegenständen auferlegte und die zwangsweise Veräußerung von Vermögenswerten ermöglichte.¹ Im Rahmen der „Ersten Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ hatte die Reichsregierung bereits vorher die grundsätzliche Liquidierung jüdischer Unternehmen angeordnet, die Warenbestände waren durch die jüdischen Inhaber den zuständigen Fachgruppen des Einzelhandels anzubieten.²

Über die zahlreichen Facetten der Ausplünderung auf Seiten der Finanzverwaltung und der „Arisierungsstellen“ der Partei oder der kommunalen Herrschaftsträger ist bereits ausführlich berichtet worden.³ Der Blick richtet sich nun auf den unter deren Federführung erfolgten Umverteilungsprozess durch Zwangsveräußerungen, der bis dahin nicht gekannte Ausmaße annahm und zugunsten zahlreicher Erwerber erfolgte. Die Aufmerksamkeit wird damit auch auf die häufig zitierte „massenhafte Beteiligung“ der Bevölkerung an der Judenverfolgung durch den Erwerb jüdischen Vermögens gerichtet⁴, die in den Jahren von 1939 bis zur Deportation der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1941 und 1942 auch deshalb so frappierend erscheint, da zahlreiche Juden sich nach wie vor im Reich befanden; deren drastische Verarmung, Isolation und Kennzeichnung durch den „Gelben Stern“ führten die Folgen der Verfolgung der nichtjüdischen Bevölkerung deutlich vor Augen.

Der wohl größte Nutznießer der Ausplünderung war der nichtjüdische Einzelhandel, der vor allem von der gesetzlich erzwungenen Auflösung jüdischer Betriebe und von der Abgabe von Wertgegenständen profitierte, was sich anhand der Verwertung von Edelmetall- und Schmuckgegenständen beispielhaft verdeutlichen lässt. Als Sammel- und Verteilungsstelle des jüdischen Besitzes dienten die kommunalen Leihämter, die zwar einen beträchtlichen Teil der Wertgegenstände

¹ Art. I § c1, Art. II § 6, Art. III § 11 und Art. IV § 14 der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom 3. 12. 1938; RGBl. I (1938), S. 1709 ff.

² „Durchführungsverordnung zur Ersten Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ vom 23. 11. 1938; RGBl. I (1938), S. 1642.

³ Erster Teil, Kapitel 1–4 der vorliegenden Untersuchung.

⁴ Bajohr, Prozess, S. 17; ders., Verfolgung, S. 629.

an Zentralstellen in Berlin abgeben mussten, erhebliche Anteile des jüdischen Vermögens aber auch an die städtischen Einzelhandelsverbände veräußerten. Die kommunalen Pfandleihanstalten gaben beispielsweise Vermögenswerte mit einem Wert unter 150 Reichsmark an die Mitglieder der Wirtschaftsgruppen weiter, wie die Wirtschaftsgruppe Metallwaren, die Fachgruppe Schmuckwarenindustrie, die Fachgruppe des Juwelier-, Gold- und Silberschmiedehandwerks oder an die Zweckgemeinschaft Gebrauchtwarenhandel.⁵ Im Münchner Leihamt gab die jüdische Bevölkerung Wertsachen in Höhe von etwa zwei Millionen Reichsmark ab.⁶ In Nürnberg lieferten Juden bis Mai 1940 im Leihamt am Unschlittplatz 750 Kilogramm Gebrauchtsilber, 6000 Kilogramm Schmelzsilber und etliche Juwelen- und Schmuckgegenstände ab.⁷

Nachdem die Leihämter ohnehin als „Risikospanne“ Verwaltungs- oder Bearbeitungsgebühren bis zu 30 Prozent des Wertes der jüdischen Wertgegenstände einbehielten, konnte der Einzelhandel die Ware teilweise zu einem Viertel des Normalpreises erwerben. Einzelne Münchner Händler, darunter vor allem Schmuckwaren- und Antiquitätenhändler, Uhrmacher oder Trödler, kauften in München Gegenstände aus jüdischem Besitz in Höhe von mehreren hunderttausend Reichsmark.⁸ Auch Scheideanstalten, etwa die Frankfurter Degussa oder die Pforzheimer Firma Wieland, profitierten durch die Einschmelzung von Silbergegenständen. In Nürnberg hatten diese im September 1939 ein Gesamtgewicht von circa sechs Tonnen.⁹ Bereits einen Monat später bestätigte die Degussa dem Leihamt die Übernahme von 7516 Kilogramm Silber im Wert von 130653 Reichsmark.¹⁰ Die Flut jüdischer Silber- und Schmuckgegenstände führte bereits im Mai 1939 zu einer Übersättigung des Marktes, die es den Leihämtern bei den Versteigerungen unmöglich machte, vernünftige Preise zu erzielen. Bei höheren Beträgen, so ein entnervter Mitarbeiter des Leihamts Nürnberg, gehe unter den Händlern ein „permanentes Gefeilsche um die Preise“ los.¹¹

Nicht nur im Rahmen der erzwungenen Abgabe von Besitz, auch durch die massenhafte Emigration der jüdischen Bevölkerung nach dem Novemberpogrom von 1938 profitierten nichtjüdische Unternehmen, darunter Reisebüros mit speziellen Konzessionen, die Reisepassagen für Juden auf wiederum speziell lizenzierten Schifffahrtslinien buchen konnten. Auch Omnibus-Unternehmer und andere Verkehrsgesellschaften warben mit großen Plakaten für die „Auswanderervermittlung“.¹²

⁵ Rundschreiben des RWM an die kommunalen Pfandleihanstalten vom 21. 3. 1939 und 23. 3. 1939; StadtAN/Rechtsamt/C 61/23.

⁶ Schreiben des bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung, 1947/48; StadtAN/Rechtsamt/C 61/30.

⁷ Schreiben des OB Nürnberg an den RWM vom 8. 5. 1940; ebd.

⁸ Bericht des bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung, Außenstelle München Stadt, 1947/48; StadtAN/Rechtsamt/C 61/30.

⁹ Schreiben der Degussa an das Leihamt Nürnberg vom 13. 5. und 4. 9. 1939; StadtAN/Rechtsamt/C 61/27.

¹⁰ Schreiben der Degussa an das Leihamt Nürnberg vom 24. 10. 1939; ebd.

¹¹ Schreiben des Leihamts an das Rechnungsprüfungsamt vom 22. 5. 1939; StadtAN/Rechtsamt/C 61/23.

¹² Schreiben der Vereinigten Schifffahrtsgesellschaften vom 25. 2. 1938; Schreiben des

Schließlich war es vor allem das Versteigerergewerbe, das ab Herbst 1938 einen enormen Auftragsanstieg erlebte. In München verfügten vor allem alteingesessene Geschäfte über die notwendigen Konzessionen. Die Anzahl der durchgeführten Versteigerungen führte bereits im Mai 1941 zu einer Auftragsüberlastung, die eine ordnungsgemäße Geschäftstätigkeit – auch wegen der vollkommen überfüllten Speicherräume – fast unmöglich machte.¹³ Derartige Versteigerungen fanden nicht in den Hinterzimmern statt, im Gegenteil, die massenhafte Übernahme jüdischen Vermögens war öffentlich. Nicht nur nichtjüdische Gewerbetreibende, auch „Auswanderungsvermittlungen“ ebenso wie Versteigerer warben verstärkt ab Anfang 1941 für ihre Dienstleistungen durch Plakate oder Zeitungsannoncen um einen breiten Kundenstamm.

Neben dem Einzelhandel bemühten sich vermehrt weitere private Interessenten um den Erwerb jüdischen Vermögens. Die nahezu vollständige Isolierung und Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung korrespondierte offensichtlich vielerorts mit der Annahme, als „guter Volksgenosse“ selbstverständliches Anrecht auf Berücksichtigung bei der Vermögensumverteilung zu haben. Entsprechend häufig waren sowohl in den beiden bayerischen Großstädten als auch in der ländlichen Region Unterfrankens Erwerbsgesuche.

Besonders deutlich wird dies bei den Schreiben, die nach der „Holzaktion“ in Nürnberg bei den dortigen Parteigliederungen einliefen und das vielfache Interesse an dem besonders günstigen Erwerb jüdischen Vermögens dokumentieren. Begehren weckte in Nürnberg etwa die Aussicht auf den günstigen Erwerb eines Kraftwagens aus ehemals jüdischem Besitz. Ein Tief- und Gleisbauunternehmer wollte bei dem Verkauf „jüdischer Wagen“ aufgrund eines Mobilitätsengpasses seiner Firma Berücksichtigung finden.¹⁴ Ein anderer Bewerber interessierte sich für einen modernen Sechs- oder Achtzylinder in Höhe von bis zu 5000 Reichsmark, auf den er als Parteigenosse ein Anrecht zu haben glaubte.¹⁵ Mit seinem langen Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz argumentierte ein Erwerbstätiger aus dem Nürnberger Umland, ein weiterer schließlich mit seinen sieben Kindern und einer schweren Kriegsverletzung.¹⁶

Zahlreiche Kaufinteressenten wandten sich darüber hinaus an die regionalen Herrschaftsträger, um von der ebenfalls seit 3. Dezember möglichen Zwangsveräußerung von Grundstücken in jüdischem Besitz zu profitieren.¹⁷ Mit ähnlichen Begründungen, wie sie im Zuge der „Holzaktion“ vorgebracht wurden, rangen etwa die Bewerber um die zahlreich vorhandenen landwirtschaftlichen Grundstücke der jüdischen Viehhändler bei den dortigen Genehmigungsinstanzen.¹⁸ Auch

Reichsinnenministers vom 16. 6. 1938; Schreiben des Polizeipräsidenten München vom 22. 1. 1938 und 2. 8. 1941; StadtAM/Gewerbeamt/Ordner Auswanderungswesen.

¹³ Schreiben der Polizeidirektion München vom 12. 5. 1941 und die weiteren Dokumente in: StadtAM/Gewerbeamt/Ordner Versteigerergewerbe.

¹⁴ Schreiben an die DAF vom 13. 12. 1938; StAN/NS-Mischbestand/DAF/10.

¹⁵ Schreiben einer lithographischen Kunstanstalt vom 29. 11. 1938; ebd.

¹⁶ Schreiben vom 7. 12. 1938 und 14. 12. 1938; ebd.

¹⁷ „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“, RGBl. I (1938), S. 1709–1712.

¹⁸ Die Grundstücksverkäufe schlagen sich u. a. in den Akten des Gaus Mainfranken nieder, etwa in Bezug auf die Vorgänge in Alzenau; StAW/Gau Mainfranken/291.

hier waren es die „Leistungen für die Volksgemeinschaft“, mit denen die Interessenten und Bewerber ihre Argumente untermauerten. Hierzu gehörte die „richtige“ politische Einstellung genauso wie die „kinderreiche“ Familie. Ganz generell bewarb sich der „Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutz der Familie e.V.“ um den Erwerb jüdischer Immobilien, die an die eigenen Mitglieder weitergegeben werden sollten.¹⁹ In einigen Fällen führten die Bewerberlisten der Kreiswirtschaftsberater ein gutes Dutzend Namen auf, obgleich der jüdische Inhaber nach wie vor das Haus bewohnte.²⁰

Die Zwangslage der Betroffenen war den Erwerbern dabei durchaus bewusst, denn sie bezahlten für die Grundstücke im Normalfall nicht den handelsüblichen Verkehrswert, der sich nach der Rentabilität der Immobilie richtete, sondern den sogenannten mäßigen Verkehrswert speziell für Anwesen aus „jüdischem Besitz“, der, so führte es ein Dezernat der Stadt München aus, „um 10% unter dem normalen Verkehrswert verläuft“.²¹ Für den „mäßigen Verkehrswert“ verkaufte in der bayerischen Landeshauptstadt die Witwe des inzwischen verstorbenen Arztes Dr. Karl B. im Juni ihr Familiengrundstück an einen Erwerber, der so das erste Mal in den Genuss eines Eigenheims gelangte.²² Im selben Jahr mussten auch die Textilhändler Max H. und Sally E. verkaufen, bei denen der Erwerber gegenüber den zuständigen Verwaltungsbehörden mehrfach den Preis zu drücken versuchte.²³

Das Ausmaß des durch die Verordnung hervorgerufenen Besitzwechsels macht das Zahlenmaterial von zwei Beispielen deutlich. Die Verordnung betraf in München etwa 4000 jüdische Haushalte, denen zahlreiche Immobilien gehörten. Im Rahmen eines äußerst komplexen Veräußerungsprozederes, an dem, mit zeitlicher Staffelung, die „Arisierungsstelle“ der Partei, die Stadt München, der Regierungspräsident und die Finanzverwaltung beteiligt waren, wechselten mehrere hundert Grundstücke den Besitzer.²⁴ Von den etwa 400 „arisierten“ Grundstücken in

¹⁹ Schreiben des „Rassenpolitischen Amtes“ an die Ortsgruppe der NSDAP vom 7. 12. 1938 und die Bewerbungen des „Reichsbundes der Kinderreichen“; StAW/NSDAP/1255.

²⁰ Schreiben des Kreiswirtschaftsberaters vom 15. 5. 1939; StAW/Gau Mainfranken/793.

²¹ Schreiben des Dezernates 3 an das Dezernat 2 vom 8. 2. 1941; StadtAM/Kommunalreferat Jüdisches Vermögen/154.

²² Schreiben des Schätzungsamts der Stadt München vom 2. 1. 1940 und Schreiben Wegners vom 13. 1. 1942; StadtAM/Kommunalreferat Jüdisches Vermögen/232.

²³ Schreiben an die Stadt München vom 23. 11. 1940; StadtAM/Kommunalreferat Jüdisches Vermögen/123; zu den anderen Einzelfällen siehe Kaufvertrag vom 24. 3. 1939; Schreiben des Finanzamts München-Süd vom 6. 4. 1939; StadtAM/Kommunalreferat Jüdisches Vermögen/233.

²⁴ Die Ermittlung von exaktem Datenmaterial ist schwierig. Für Januar 1940 gab die Stadt München 800 veräußerte Grundstücke an; Schreiben der Stadt vom 15. 2. 1940; StadtAM/Kommunalreferat Jüdisches Vermögen/123. Im April 1938 hatte der Wert der „jüdischen“ Grundstücke noch 60 Mio. RM betragen. Nach Ulrike Haerendel wurde der Löwenanteil des Grundbesitzes 1939 abgewickelt, wobei es sich insgesamt um 1100 jüdische Grundstücke gehandelt habe; Haerendel, Schutzlosigkeit, S. 107 ff. Zu den Kompetenzstreitigkeiten und dem komplexen Prozedere der Enteignung und Verwertung von Grundbesitz auch Kuller, Finanzverwaltung und „Arisierung“, S. 191 ff.; Seitz, Grundstücksarisierungen; Gruner, Grundstücke.

Nürnberg im Rahmen der „Holzaktion“ hatte die Partei bereits Ende 1938 und Anfang 1939 einen Großteil veräußert.²⁵

Angesichts der großen Anzahl von Profiteuren und der Öffentlichkeit des Raubzuges, die das Regime auch nicht zu unterbinden trachtete, spricht einiges für eine zunehmende Verwurzelung des „Volksgemeinschaftsgedankens“ in der Bevölkerung und deren selbstverständlichem Umgang mit der Ausplünderung einer verfolgten Minderheit.²⁶ Eine solche Annahme korrespondiert mit der mehrfach festgestellten „moralischen Indifferenz“, wie sie auch für andere Regionen des Reiches festgestellt worden ist.²⁷

Es war allerdings nicht der Großteil der Bevölkerung, der in den drei Untersuchungsräumen als Erwerber auftrat, vor Pauschalurteilen ist daher Vorsicht geboten. Zumindest bis zur Deportation in den Jahren 1941 und 1942 ist der tatsächliche Beteiligungsgrad der Bevölkerung nur schwer nachzuzeichnen. Es darf nicht übersehen werden, dass die grundsätzliche Verteilungshoheit, wie oben bereits angedeutet, den Institutionen von Partei und Staat zukam, die Auswahl der Käufer und Vermittler unterlag daher deren Auswahlkriterien, wie etwa bei den Konzessionen für Händler, die durch die Vermittlung jüdischen Vermögens Gewinn machen wollten. In München wurden die Versteigerer regelmäßig kontrolliert. Den Zuschlag erhielten nur die Kaufleute, die in sachlicher und politischer Hinsicht als „zuverlässig“ galten und auch dann nur für einen bestimmten Bezirk und festgelegte Warengruppen.²⁸

Die enormen Gewinne, die durch das brutale Vorgehen gegen die Nürnberger Juden im Rahmen der „Holzaktion“ für die Veräußerer und Vermittler anfielen, vereinnahmten nahezu ausschließlich Makler und Treuhänder, die hauptamtlich bei der Deutschen Arbeitsfront gearbeitet hatten oder nach wie vor dort tätig waren.²⁹ Auch gegen Schifffahrtslinien, die keine Genehmigung für den Transport jüdischer Emigranten besaßen, gingen die Behörden konsequent vor.³⁰

Einer vom Regime intendierten breiten Korruptionierung der „Volksgenossen“ mit jüdischem Vermögen, wie sie von Götz Aly behauptet wird, steht darüber

²⁵ Bericht über die „Arisierungen“ in Nürnberg vom 3. 7. 1945; OFD Nürnberg/WGM/66.

²⁶ Die Versteigerungsannoncen sind etwa im „Völkischer Beobachter“ (Münchner Ausgabe) vom 11. 5. 1938, S. 6; 6. 5. 1941, S. 8; 19. 5. 1941, S. 8; 15. 12. 1941, S. 6; 8. 1. 1942, S. 6 enthalten; die Plakatwerbung ist dokumentiert im Schreiben des Polizeipräsidenten München vom 10. 12. 1937; StadtAM/Gewerbeamt/Ordner Auswanderungswesen.

²⁷ Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, S. 336; Herbert, Vernichtungspolitik, S. 65; zur Berichterstattung über die Haltung der Bevölkerung ab Herbst 1938 vgl. Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst“, S. 119 ff.; zum steigenden Kreis der Profiteure Bajohr, Verfolgung, S. 644; zu den Profiteuren siehe auch Rummel/Rath, Reich, S. 58.

²⁸ „Gesetz über das Versteigerungsgewerbe“ vom 12. 2. 1938; RGBl. I (1938), S. 202 ff.; „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Versteigerungsgewerbe“ vom 30. 10. 1938; RGBl. I (1938), S. 1091 ff.; Schreiben des RWM an den RdF vom 19. 4. 1940; Schreiben des RdF vom 11. 7. 1939; „Entwurf über die Richtlinien zur Verwertung von beweglichem Vermögen“ vom 10. 3. 1942; BAB/R 2/56072.

²⁹ Vgl. hierzu die umfassenden Ermittlungen der Gestapo-Prüfungskommission; StAN/Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth/Arisierungsakten/42.

³⁰ Schreiben des Auswandereramts an das Polizeipräsidium Nürnberg vom 20. 2. 1937; StadtAM/Gewerbeamt/Ordner Auswanderungswesen.

hinaus die Behandlung der nichtjüdischen Erwerber durch die Verwaltungsbehörden entgegen. Der NS-Staat scheute zumindest de jure nicht davor zurück, die „arischen“ Käufer gegebenenfalls zur Kasse zu bitten. Sichtbarsten Ausdruck fand die Kontrolle der „Arisierung“ und Enteignung in den Abgaben für „Entjudungsgewinne“. Bereits mit der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ war die Erhebung einer sogenannten Arisierungsgewinnsteuer möglich, die in Höhe von 70 Prozent des Differenzbetrages von Schätz- und tatsächlichem Kaufpreis erhoben werden konnte.³¹ Im Juni 1940 erließ Göring darüber hinaus die „Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften“, die eine rückwirkende Überprüfung der Veräußerungen und eine Abgabe im Falle „unangemessener Vermögensvorteile“ vorsah.³² In München war es das Schätzungsamt der Kommune, das grundsätzlich die Übernahmeverträge im Hinblick auf mögliche Ausgleichszahlungen kontrollierte, die Zahlungen vom nichtjüdischen Erwerber aber offenbar nur selten verlangte.³³ Während die Einziehungspraxis der Münchner Stadtverwaltung offenbar mit derjenigen regionaler Herrschaftsträger in anderen Regionen korrespondierte³⁴, gingen die Regierungsbehörden in Unterfranken strikter gegen die nichtjüdischen Profiteure vor. Hier zog der Regierungspräsident die Ausgleichsabgabe – meist in Höhe von mehreren tausend Reichsmark – konsequent von den Käufern ein.³⁵ Auch in Nürnberg, wo Regierungspräsident und Finanzämter für die Erhebung verantwortlich waren, wurde die Ausgleichsabgabe verlangt, sogar dann, wenn die nichtjüdischen Erwerber aufgrund der Mehrkosten von den Verträgen zurücktreten mussten.³⁶

Ausgleichsabgaben und „Spenden“ gegenüber nichtjüdischen Erwerbern wurden zudem, wie bereits geschildert, durch die regionalen Parteistellen einkassiert.³⁷ Die ausufernde „Spendenvereinnahmung“ der Gauleitungen Oberbayern, Franken und Unterfranken erregte im Mai 1940 sogar das Missfallen des Finanzministeriums. Nach Meinung der Ministerialbeamten stand die Vereinnahmung von Ausgleichsabgaben nur dem Staat zu, der diese in jedem Fall und ohne Rücksicht auf die Person des Erwerbers auch einzutreiben habe.³⁸ Die Funktionäre des Staats- und Parteiapparates sahen die Ausplünderung als berechtigte „Wiedergutmachung“ für ihre Leistungen gegenüber der „Bewegung“ an. Die unter dem

³¹ „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“, Art. V, Abs. 1; RGBl. I (1938), S. 1709.

³² Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, S. 277 f.

³³ Vgl. etwa die zahlreichen Beispiele in StadtAM/Kommunalreferat Jüdisches Vermögen/50 bzw. 69, 127, 332 etc.

³⁴ Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, S. 280 f.

³⁵ Zahlreiche Einzelfälle können dies belegen, etwa Schreiben des Regierungspräsidenten an das Finanzamt Bad Kissingen vom 30. 3. 1940 und 25. 4. 1940, Schreiben des Finanzamts Bad Kissingen an einen Notar vom 18. 4. 1940; StAW/Finanzamt Bad Kissingen/Verwaltungsschriftgut/9.

³⁶ Zur Erhebung siehe etwa die Feststellung des Finanzamts Nürnberg-Ost über die „Entjudung“ am 7. 3. 1939; StAN/Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth, Arisierungsakten/58; Schreiben des Regierungspräsidenten vom 7. 7. 1939; StAN/Finanzamt Nürnberg-Ost/5220–5232.

³⁷ Siehe hierzu Erster Teil, Zweites Kapitel, II. und IV. der vorliegenden Untersuchung.

³⁸ Schreiben des Referats V/3, RdF, an einen MinRat im Hause vom 9. 5. 1940; BAB/R2/553.

Stichwort der „Korruption“ zusammengefasste materielle Entlohnung verdienter „Parteigenossen“ als Wesenselement des NS-Herrschaftssystems lässt sich für alle drei Untersuchungsräume ohne weiteres nachweisen und ist in Bezug auf die drei untersuchten Gauleitungen bereits ausführlich geschildert worden.³⁹ Hierzu gehörten die umfassenden Raubzüge im Zuge der „Holzaktion“ und der Angehörigen der Münchner „Arisierungsstelle“ genauso wie etwa der persönliche Profit des unterfränkischen Gauwirtschaftsberaters Vogel, der im März 1941 ein Grundstück aus jüdischem Besitz erwarb.⁴⁰ Zwar waren derartige, selbst nach Maßstäben der NS-Gesetzgebung illegale Raubzüge aufgrund der strukturellen Gegebenheiten der Finanzverwaltung dort vergleichsweise selten anzutreffen, die Selbstverständlichkeit, mit der im Einzelfall auch Angehörige des staatlichen administrativen Apparates das Vermögen von noch im Reich befindlichen Juden als beliebig verfügbare Umverteilungsmasse behandelten, verdeutlicht allerdings das Beispiel des Angestellten der Devisenstelle Hermann G. Der Beamte war für die Liquidation eines jüdischen Bankhauses verantwortlich, dessen Auflösung das Vermögen zahlreicher nichtjüdischer Kleinsparer gefährdete. Um entsprechende Geldsummen vereinnahmen zu können, wandte sich Hermann G. an einen Mitarbeiter der „Arisierungsstelle“ und an dessen Vorgesetzten Hans Wegner. Er bot diesen Provisionszahlungen an, wenn sie von jüdischem Vermögen entnommene Geldsummen für die Liquidationsmasse zur Verfügung stellten.⁴¹ Nachdem die „Arisierungsstelle“ von 52 Juden 81 000 Reichsmark abgepresst hatte, sprach Hermann G. im September 1942 von einem „sehr netten Erfolg“. Er gab sich jedoch weiter zuversichtlich, „dass wir noch einiges hereinbekommen. Wegen der Augsburger Juden habe ich kürzlich bei mir einmal in der Kartei nachgesehen. Ich hoffe, dass wir noch recht viel zusammenkriegen.“ Besonderes Augenmerk schenkte er dem Vermögen zweier „arischer“ Ehefrauen von Juden, die er für ihre Männer haftbar machen wollte. „In beiden Fällen“, so die Ausführungen des Beamten, „handelt es sich um Vermögen von einigen Hunderttausend. Man könnte also ziemlich zulangen.“⁴² Mit ähnlichen Methoden regelten die Mitarbeiter der „Arisierungsstelle“ und Hermann G. die Finanzierung des Barackenlagers Milbertshofen und die Instandsetzung von Wohnungen vertriebener und deportierter Juden.⁴³

Die NS-Regierung reagierte auf die regional initiierte Umverteilungspolitik zwiespältig. Auf der einen Seite war die Dynamik „von unten“ bei der Verfolgung durchaus erwünscht und notwendig. Sie konnte darüber hinaus, wie im oben geschilderten Fall, ideologisch durchaus begründbaren Zielen dienen. Schließlich gehörte die Bereicherung an jüdischem Vermögen zu eigenen Zwecken auch zur

³⁹ Auf die Bedeutung der Korruption im NS-Staat hat v. a. Frank Bajohr nachdrücklich hingewiesen; Bajohr, Parvenüs, S. 190; ders., Skandal.

⁴⁰ Schreiben des GWB an den OB Würzburg vom 31. 3. 1941; StAW/Gau Mainfranken/792.

⁴¹ Mitarbeiter der „Arisierungsstelle“ an Wegner, 19. 1. 1943; StAM/Staatsanwaltschaften/19608/2.

⁴² Hermann G. an den Mitarbeiter der „Arisierungsstelle“, 3. 9. 1942; ebd.

⁴³ Vernehmungsniederschrift Siegfried N.s vom 29. 4. 1949; StAM/Staatsanwaltschaften/19608/1; Vernehmung eines Mitarbeiters der „Arisierungsstelle“ vom 29. 5. 1949; ebd.

häufig geübten Praxis der Spitzenfunktionäre von Partei und Staat.⁴⁴ Auf der anderen Seite waren die korrupten Verhaltensweisen der Gauleiter und ihrer Entourage eine Form regionaler Interessensdurchsetzung, die zumindest die Gefahr eines Machtverlustes in sich barg. Denn sie konnte die Durchsetzungsfähigkeit der NS-Gesetze und Verordnungen in Zweifel ziehen und damit die Vormachtstellung der Reichsregierung untergraben und widersprach, wenn es sich um persönliche Bereicherungsfeldzüge handelte, auch der Generallinie der Propaganda, die den „Gemeinnutz“ als oberste Zielsetzung propagierte. Bei besonders krassen Korruptionsfällen auf regionaler Ebene ging die Reichsregierung zwar gegen die Delinquenten vor, meist blieb die Enteignung jüdischen Vermögens durch Staats- und Parteifunktionäre aber ungesüht.⁴⁵

Wer also tatsächlich als Adressat der Umverteilungspolitik von der „Fürsorglichkeit des Regimes“ überzeugt werden sollte, blieb häufig im Unklaren, was wiederum sowohl mit der tolerierten und vielfach auch durch die Regimespitze geförderten Korruption⁴⁶, als auch mit der unscharfen Begriffsdichotomie von „Eigennutz“ und „Gemeinwohl“ zusammenhing. Fest steht, dass den Stimmungsberichten einiger NS-Institutionen zufolge ein nicht unerheblicher Teil des „Volkskörpers“ in der Region von den Plünderungsaktionen zugunsten der Gaukassen wenig hielt und sich offenbar eher als Vernachlässigter denn als Begünstigter der Fürsorgebemühungen des Regimes ansah und die Bereicherungsmethoden bisweilen scharf verurteilte. Am lautesten äußerte sich die Kritik auf Seiten der Bevölkerung gegenüber den Vorgängen im Gau Franken, die mit dem Sturz des dortigen Gauleiters endete.⁴⁷ Unmutsäußerungen waren aber auch in München und Unterfranken zu hören.⁴⁸ So erhielt etwa die Gauleitung der NSDAP Mainfranken im März 1942 zwei Gedichte eines anonymen Verfassers, die die Bereicherung an jüdischem Vermögen zugunsten einzelner Profiteure unverhohlen kritisierten. Unter der Überschrift „Die Judenbadewanne“ wandte sich der Autor in einem seiner spöttischen Verse gegen die „Arisierung“: „Bei Nacht und Nebel ließ er sie wohl holen, früher sagte man das ist gestohlen“; um gleichzeitig ein Charakterprofil des „Ariseurs“ mitzuliefern: „Wir wünschen alles Gute Dir, sollst werden hundert Jahre als schier und nehmen jeden Tag ein Pfund wohl zu. Ein Durst musst kriegen wie die größte Kuh, damit als Kaffeetasse brauchst sodann, die Judenbadewanne dann.“ Kaum weniger offen fiel die Kritik am nichtjüdischen

⁴⁴ Bajohr, Parvenüs, S. 105 ff.

⁴⁵ Neben dem Sturz des Gauleiters Streicher schritt die Parteispitze auch gegen die Machenschaften des „Arisierungsbeauftragten“ Christian Weber ein, der allerdings persönlich nicht zur Verantwortung gezogen wurde; Vorgänge in IfZ/Fa/74/Christian Weber. Auch gegen den Beamten der Devisenstelle Hermann G. gingen Reichs- und Gauschatzmeister vor; Vernehmung Hans Wegners am 18. 11. 1949; StAM/Staatsanwaltschaften/19608/1. Zu geduldeten und nichtgeduldeten Formen von Korruption und Amtsmissbrauch Bajohr, Skandal, S. 63 f.

⁴⁶ Zur klassischen Definition vgl. Bajohr, Skandal, S. 62 und die dort zitierte Literatur; zum Begriff der Korruption und der Kritik an der herkömmlichen Definition siehe Stykow, *Mésalliance*; Bluhm/Fischer, Einleitung.

⁴⁷ Kuller/Drecoll, *Volkszorn*.

⁴⁸ Im Hinblick auf München vgl. den bereits mehrfach abgedruckten Beschwerdebrief eines nichtjüdischen Kaufmannes vom April 1938; Seidel, *Gemeinde*, S. 48.

Erwerber im zweiten Gedicht, „Die Judenbank“ aus: „Auf seiner Judenbank so wunderschön, es ist eine Freude ihm wohl zu zusehn. Doch“, so beschreiben die Verse die Folgen der Korruption durch jüdisches Vermögen, „von jedem Atemzug den er macht dabei, muss er dicker werden einen Centtimeter oder zwei, damit er eines Tages um seinen dicken Bauch, als Gürtel nehmen muß seinen kocheren Judengartenschlauch.“⁴⁹ Die in den Gauen geäußerten Klagen über die Bereicherungsfeldzüge einzelner Parteigenossen, dies gilt es allerdings hervorzuheben, stellten nur in seltenen Ausnahmefällen die Judenverfolgung an sich als Unrecht dar, eine Interpretation, wie sie in einigen Zeilen der beiden Gedichte durchaus anklingt. Im Normalfall stand hingegen nicht die rassistische Diskriminierung, sondern vielmehr ausschließlich deren brutale Umsetzung am Pranger.

Insgesamt hinterlässt die Haltung des sozialen Umfelds der Betroffenen und die Rolle privater Profiteure einen zwiespältigen Eindruck. Dass zahlreiche nicht-jüdische Deutsche in allen drei Untersuchungsregionen aus der Judenverfolgung Vorteile zogen, ist unstrittig und stimmt mit den Ergebnissen zahlreicher anderer Studien überein.⁵⁰ Gleichzeitig werden auch die Schwierigkeiten deutlich, quantifizierbare Aussagen über Art und Umfang des Profits auf Seiten der Bevölkerung zu treffen. Die Skepsis deckt sich mit der von verschiedener Seite geäußerten Kritik an dem Versuch, das NS-System mit Begriffen wie „Umverteilungsgemeinschaft“ oder „Regime der sozialen Wärme“ zu charakterisieren.⁵¹

Der Einzelfall veranschaulicht allerdings die Bedeutung des sozialen Umfelds, das Wirkung und Verlauf des wirtschaftlichen Verfolgungsprozesses genauso verstärken wie abmildern und verzögern konnte. Der Vergleich der Regionen und Erwerbszweige verdeutlicht dabei drei beziehungsrelevante Faktoren, die gleichzeitig auch die Grenzen der Handlungsspielräume jüdischer Erwerbstätiger mitabsteckten. Hierbei handelte es sich zunächst um den Faktor Zeit, der nicht nur Art und Umfang der Verfolgung, sondern auch den Charakter der Bindungen an die nichtjüdische Bevölkerung maßgeblich beeinflusste. Darüber hinaus führte die Branche zu unterschiedlichen Relationen von Betroffenen und sozialem Umfeld und übte auch nachhaltigen Einfluss auf den Kreis und die Anzahl der Profiteure aus. Von entscheidender Bedeutung war schließlich der Ort der Entziehung. Er bildet zahlreiche Spezifika ab, die das Leben der jüdischen Bevölkerung und das Beziehungsgeflecht zu ihrem sozialen Umfeld determinierten. Hierzu gehören die Charakteristika der regionalen Parteigliederungen genauso wie die jeweilige Dichte der jüdischen Bevölkerung oder deutliche Unterschiede zwischen ländlichem und städtischem Lebensraum.⁵²

⁴⁹ Die Gedichte „Judenbadewanne“ und „Judenbank“ sind angefügt an ein Schreiben der Gestapo vom 14. 3. 1942; StAW/Gau Mainfranken/7. Offenbar bezogen sich die Schmähschriften auf den Ortsgruppenleiter von Urspringen, Weigand; ebd.

⁵⁰ Bajohr, Verfolgung; ders., Prozess; Meinel, Vermögen; Dreßen, „Aktion 3“; Gellately, Hitler, S. 14 und 356 ff.

⁵¹ Zu den Einwänden gegen Alys Volksstaat siehe Hachtmann, Knallfrösche; Buchheim, Rechenfehler; Kuczynski, Legende; Ebbinghaus, Fakten.

⁵² Zu den drei Faktoren siehe auch Bajohr, Prozess, S. 17 ff.

II. Wirkung und Wahrnehmung der Ausplünderung 1938–1941/42

Vor allem die Übergriffe von Seiten der Parteigliederungen, aber auch die zunehmend feindselige Haltung von Teilen der Bevölkerung, die Berufsverbote sowie die umfassende Ausplünderung machten ein Überleben für die jüdische Bevölkerung im „Dritten Reich“ spätestens seit Herbst 1938 kaum noch möglich. Selbst die wenigen jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte, die zur Versorgung der jüdischen Bevölkerung weiterarbeiten durften, konnten dies nur noch als „Krankenbehandler“ oder „Konsulenten“.⁵³ Den deutlichsten Ausdruck fand die damit verbundene Diskriminierung in der „Berufsausübungserlaubnis“, in der die jüdischen Ärzte wegen ihrer besonderen „rassischen“ Merkmale unterschreiben mussten, sich weder als Arzt zu bezeichnen, noch Krankheitsreger zu züchten, Impfstoffe oder Seren herzustellen oder syphilisdiagnostische Blutuntersuchungen vorzunehmen.⁵⁴

Die durch die „Ausschaltung“ aus dem Beruf hervorgerufene Isolation der Juden trieben Nationalsozialisten auch im sozialen Bereich voran. Juden mussten ab 1939 einen zweiten Vornamen – Israel oder Sarah – tragen, durften keine Schlaf- und Speisewagen betreten, durch den „Judenbann“ zahlreiche Grünanlagen, öffentliche Plätze oder Hotels nicht mehr nutzen, nicht mehr ins Kino oder Theater gehen und nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Nach Ausbruch des Krieges 1939 durften sie schließlich auch keine Milch-, Ei- oder Fleischprodukte sowie zahlreiche Gemüsesorten mehr erwerben. Schließlich wurde ihnen sogar auch noch das Halten von Haustieren, unter anderem auch von Singvögeln untersagt.⁵⁵

Fragt man angesichts einer derart zynischen und brutalen Diskriminierungs- und Isolationspolitik des NS-Regimes nach der Wahrnehmung der Ausplünderung durch die Betroffenen, so ist die Bündelung der unterschiedlichen Verfolgungserfahrungen bei den Überlebenden nach dem Krieg zu berücksichtigen. Sie äußerte sich in einem Trauma mit multiplen Ursachen, das als Anpassungsstörung oder „posttraumatic stress disorder“ zu psychischen Schäden zahlreicher Betroffener führte.⁵⁶ Oftmals waren es Hafterfahrung und Gewalt, die sich als dominante Erinnerung in das Gedächtnis einbrannten, zumal körperliche Schäden zeit lebens sichtbar und erfahrbar blieben, während der Neuaufbau einer wirtschaftlichen Existenz die Folgen der beruflichen Verfolgung zumindest oberflächlich zu

⁵³ § 2 der „Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“; RGBl. I (1938), S. 969.

⁵⁴ Musterschreiben zur Gestattung der Betätigung als „Krankenbehandler“ vom bayerischen Innenministerium an die Regierungen vom 28. 10. 1938; StAN/Staatl. Gesundheitsamt Schwabach/131. Die „Krankenbehandler“ mussten zusätzlich einen Davidsstern auf ihrem Praxisschild anbringen und auf allen förmlichen Schreiben deutlich machen, dass sie nur zur Behandlung von Juden zugelassen waren; ebd.

⁵⁵ Hilberg, Vernichtung, S. 160ff.

⁵⁶ Die psychischen Folgen der Verfolgung betonen Hadtmann, Traumatisierung, S. 145f.; Hertz, Trauma, S. 206; Faust, Gesundheit; Stoffels, Terrorlandschaften; Baeyer/Häfner/Kisler, Psychiatrie.

kompensieren in der Lage war. So kann es auch nicht verwundern, dass in den Jahren 1938 bis 1941 die Erfahrungen der Betroffenen von den körperlichen Übergriffen und Plünderungen während der „Kristallnacht“ und der daran meist unmittelbar anschließenden Haft im Konzentrationslager Dachau geprägt waren. Die drastischen physischen Folgen der Inhaftierung und Lagerhaft verdeutlicht etwa das Beispiel des Münchner jüdischen Arztes Dr. Ludwig T. Dr. T., der in der Nacht des 9. November 1938 verhaftet und unmittelbar danach nach Dachau verschleppt wurde, musste dort sofort nach der Ankunft die ganze Nacht ohne Unterwäsche am Appellplatz stehen und wurde dabei auch noch mit Tritten in den Unterleib traktiert.⁵⁷ Die Schwere der dadurch hervorgerufenen Schäden im Nierenbereich veranlassten den behandelnden Arzt im Entschädigungsverfahren zu der Annahme, es handle sich bei dem jüdischen Mediziner Dr. Ludwig T. um einen Betrüger. Die abgegebene Urinprobe enthielt seiner Meinung nach Harnwerte, mit denen man schlichtweg nicht lebensfähig sei.⁵⁸

Viele Emigranten und Überlebende erachteten ihr eigenes Schicksal angesichts des unsagbaren Leids in den Konzentrations- und Vernichtungslagern zudem als zu banal, um der Nachwelt in Erinnerung gerufen zu werden, ihr eigenes Überleben galt ihnen als nicht zu erklärender Zufall, ein Phänomen, für das der Psychiater William Niederland den Begriff des „Überlebenden-Syndroms“ geprägt hat.⁵⁹

Das Beispiel der Viehhändlergattin Jettchen L. aus Hammelburg zeigt die unmittelbare Verknüpfung der Erfahrung von Gewalt und Besitzverlust. Die Angriffe durch verschiedene Funktionsträger der Partei und kommunalen Verwaltung waren mit dem Raub ihres Viehs und ihres Ernteertrages verbunden und führten zu einer für sie lebensbedrohlichen und wohl auch aussichtslosen Situation. Sie gab an: „Ich wurde für Sonntag den 5. März mit meinem Ehemann in die Wohnung des Bürgermeisters gerufen. Wir gingen auch hin. Als ich in das Zimmer kam, war neben Weippert und dem Bürgermeister ein weiterer Herr anwesend, der nach der Judenaktion mich in meinem Anwesen derart behandelt hatte, daß ich gemeint habe, ich bekäme einen Schlaganfall. Ich habe den Herrn nicht gekannt und höre erst jetzt aus Ihrem Munde, daß es der Kreisbauernführer war. Bei der Judenaktion im November hat mich der Kreisbauernführer beim Verkaufe der Kühe derart behandelt, daß ich jetzt bei seiner Ansicht wirklich erschrocken bin, da ich gedacht habe, jetzt geht es wieder so wie damals. Ich habe bestimmt gedacht, ich müsse sterben. Ich war in den vergangenen Wochen einmal in Würzburg bei der Geheimen Staatspolizei, wo mir erklärt wurde, daß ich mein Anwesen nicht eher verkaufen brauche, als bis ich einen anderen Platz habe. Das habe ich aber erst gesagt, als ich von dem anwesenden Kreisbauernführer angeschrien worden bin. Er erklärte mir, ich werde verhaftet, weshalb ich zu meinem Mann

⁵⁷ Aussage des Zeugen Prof. Dr. F. am 2. 4. 1952 während des Entschädigungsverfahrens; BLEA/BEG/7041.

⁵⁸ Durch eine Laboruntersuchung stellte sich dann jedoch die Echtheit der Urinprobe heraus. Brief des Generalkonsulats der Schweiz an das BLEA mit der Diagnose von Dr. G. vom 26. 10. 1955; BLEA/BEG/7041. Ein ähnliches Schicksal ereilte Max C., der nach der Inhaftierung an chronischer Herzschwäche und Nervenzerrüttung litt. Brief seiner Frau an das BLEA vom 24. 9. 1957; BayHStAM/EG/92969.

⁵⁹ Niederland, Folgen, S. 231 f.; Teicher/Brainin/Ligeti, Überlegungen, S. 54.

sagte, wir gehen fort. Ich habe doch noch meine 79 Jahre alte Mutter bei mir und habe nichts zu nagen und zu beißen, weil mir das ganze Korn, das ich gebaut habe, die Kühe und was sonst noch drum und dran hängt, weggenommen wurde. Für meine beiden Kühe, das gesamte Korn, das ich gebaut habe, sowie für Heu, Stroh, Kartoffeln und die Runkelrüben wurde mir der Betrag von 500,00 Mk. gegeben. Ich kann mir keinen Leib [sic] Brot backen, weil das ganze Korn mir weggenommen worden ist. Die Leute geben mir aber auch nichts, weil sie sich fürchten, einem Juden etwas zu geben. Mir wurde s.Zt. ein Schein zur Unterschrift vorgelegt, den ich unterschreiben mußte, ohne dass mir bekannt gemacht wurde, was darauf steht. Durch diese Behandlung von Seiten des Kreisbauernführers war ich am fragl. Sonntag so aufgeregt, als ich diesen Mann wieder sah. Ich habe ja gar nicht gewußt, wer dieser Mann war oder ist. Ich habe und bekomme keinen Tropfen Milch und auch sonst nichts. Hoffentlich sind wir bald verhungert.“⁶⁰

Besonders auffällig ist bei den wenigen noch vorhandenen Schilderungen eine deutlich gesteigerte Bezugnahme auf Verfolgungsmaßnahmen der Finanzverwaltung. Dies gilt nicht nur für die Überwachung und Entziehung von Emigrantenermögen, sondern auch für die neu erlassenen Sicherungsverfügungen und die antisemitischen Sondersteuern, durch die der Fiskus zunehmend ins Zentrum staatlicher Kriminalität gegen die inländische jüdische Bevölkerung geriet. Die Finanzbehörden waren nun integraler Bestandteil eines gewaltigen staatlichen Verwaltungsapparates, dessen Bestrebungen auf die vollständige Separierung und Vertreibung der gesamten jüdischen Bevölkerung zielte und diese meist zu ohnmächtigen Zuschauern beim Prozess der Liquidierung ihres eigenen Vermögens werden ließ. Ernst Fraenkel bezeichnet den so hervorgerufenen Zustand als „bürokratisierte Rechtlosigkeit“ und meint damit die Einsicht, dass auch die vermeintlich rechtskonform agierenden Behörden des Normenstaates jetzt endgültig ihr Handeln nach den ideologischen Vorgaben des Regimes ausgerichtet hätten.⁶¹ Bedingt durch die veränderte Rolle der Finanzverwaltung bei der Judenverfolgung änderte sich ab 1938 offenbar auch das Erleben der Betroffenen. Sie brachten die Finanzverwaltung entsprechend deren neuem Aufgabenprofil nun weit mehr mit der gegen sie gerichteten antisemitischen Politik in Verbindung, als dies noch in den ersten Jahren der NS-Herrschaft der Fall gewesen war.

Wie bereits gezeigt, beschleunigte vor allem die „Judenvermögensabgabe“ den Verelendungsprozess. Dementsprechend häuften sich die Eingaben der Betroffenen auf Erlass der Abgabe bei den Finanzämtern. Für die in München verbliebene jüdische Bevölkerung verdichteten sich die Auswirkungen der vorangegangenen Diskriminierungen sowie der Übergriffe im Rahmen des Pogroms zusammen mit der Ausplünderung durch die „Judenvermögensabgabe“ zu einem tiefgreifenden traumatischen Erlebnis.

So schrieb etwa der jüdische Arzt Dr. Julius Spanier aus München am 14. November 1939 an das Finanzamt München-Süd: „Ich habe als V. Rate der Judenvermögensabgabe den Betrag von M. 3850 zu bezahlen. Nach den bestehenden Aus-

⁶⁰ Schreiben der Gendarmeriestation Hammelburg an den Oberstaatsanwalt Schweinfurt vom 11. 4. 1939; StAW/LRA Hammelburg/3555.

⁶¹ Widmung in Fraenkel, Doppelstaat, S. 5.

führungsbestimmungen kann der Herr Finanzpräsident bei einem Betrage unter M. 5000 die Zahlung der V. Rate ermäßigen oder erlassen. Diese Vergünstigung möchte ich mit gegenwärtigem Schreiben für meine Person erbitten. Ich bin 32 Jahre verheiratet, bin in wenigen Monaten 60 Jahre alt und habe 35 Jahre lang in einem aufreibenden Berufe als Arzt Tag und Nacht ohne Unterschied der Person mich dem Wohle der Menschen gewidmet. Meine Ersparnisse, von Inflationen und sonstigen Zufällen wiederholt aufs schwerste gemindert, sind der Erfolg äußerster Sparsamkeit, und Entsagung. Ich habe 20 Jahre lang in leitender Stellung als Säuglingsfürsorgearzt uneigennützig, ja unter großen persönlichen Opfern dem Gemeinwohl gewidmet, habe 15 Jahre lang als Schularzt das Wohlsein der Kinder beaufsichtigt und jahrelang auf meine Kosten die Wohltat der Schülerspeisung zukommen lassen. Ich habe den Krieg 1914/1918 in Heimat und Felde mitgemacht. Ich habe jahrelang Familienangehörige unterstützen müssen und muß noch heute einen durch die Verhältnisse verarmten Schwager und dessen Frau monatlich unterhalten. Jahrelang habe ich pflichtgemäß meine Beiträge bei der Bayr. Ärzteversorgung geleistet und habe nach Entzug der ärztlichen Praxis nur einen Teil des einbezahlten Betrages zurückerstattet erhalten. Dies alles gibt mir Veranlassung, mein Gesuch um Ermässigung, resp. Erlaß der V. Rate der Vermögensabgabe zu erbitten. Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, dass sich mein Vermögen nicht um den Betrag der Judenvermögensabgabe, sondern um weitere M. 5000 verringert hat, die ich unterstützungshalber an einen nahen Verwandten abgeben mußte.“⁶²

Während einige Betroffene die permanente Bedrohung und Verarmung zum Anlass genommen hatten, Deutschland endgültig den Rücken zu kehren, so kann die Argumentation von Dr. Spanier und zahlreicher anderer Verfolgter gedeutet werden, gab es offenbar auch die gegenteilige Reaktion: Die soziale und politische Ghettoisierung sowie die seit 1933 einsetzende Pauperisierung verstärkte den Anpassungsdruck und die daraus resultierende Hervorhebung der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Einige der Betroffenen definierten ihre soziale und gesellschaftliche Stellung nicht nur durch ihre Leistungen für das Vaterland an der Front des Ersten Weltkrieges, sondern auch durch ihre Arbeitskraft, ihre ärztliche Standesehre oder ihre sozialen Leistungen. Das Leistungsprinzip, so waren die der Rassenideologie zuwiderlaufenden Vorstellungen, mache sie auch weiterhin zu nützlichen und wertvollen Mitgliedern der deutschen Gesellschaft⁶³; eine folgenschwere Fehleinschätzung ihrer prekären Lage.⁶⁴ Denn damit verkannten sie

⁶² Brief Dr. Julius Spaniers an das Finanzamt München-Süd vom 14. 11. 1939; StAM/Finanzamt/19127.

⁶³ In Bezug auf die verheerenden Zustände im Warschauer Ghetto ist diese Haltung als „Counterationality“ bezeichnet worden. Dan Diner bezeichnet die Rationalität der Betroffenen, die sich auch nach der Machtergreifung vor allem in den Ghettos der besetzten Gebiete weiter nach dem Leistungsprinzip richtete, als „Counterationality“. Die Vorstellung der verfolgten Juden, durch Leistung wichtig und unersetzbar für eine Gesellschaft zu sein, war nach Diner gerade wegen der aussichtslosen Situation für die Betroffenen, die einzige Möglichkeit, noch Hoffnung zu schöpfen und ungeachtet der Umstände im Ghetto weiterhin überleben zu können; vgl. Diner, *Conceivable*, S. 117 ff.

⁶⁴ Als generelles Phänomen beschrieben bei Friedländer, *Jahre*, S. 35.

das Wesen der „Volksgemeinschaft“ und das gesellschaftspolitische Fundamentziel des Nationalsozialismus. Es überstieg offensichtlich das Vorstellungsvermögen von weiten Teilen der jüdischen Bevölkerung, dass alle ihre Leistungen und damit ein Gutteil ihrer sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fundierung wegen „rassischer“ Kriterien negiert wurden. Dabei schloss gerade die Definition der NS-Ideologie von Berufs- und Arbeitstätigkeit soziale oder gar allgemeine Leistungen von Juden prinzipiell aus.

Wie weit der Verelendungsprozess für diejenigen voranschritt, die sich nicht zu einer Emigration durchringen oder diese wegen der hohen bürokratischen Hürden nicht mehr durchführen konnten, dafür bieten die Vermögenserklärungen eindrucksvolle Beispiele, die unmittelbar vor der bevorstehenden Deportation an die Gestapo abgegeben werden mussten.⁶⁵ Die hier veranlagten Angaben umfassten nicht nur Konten, Versicherungen oder Immobilien, sondern auch alle Arten von Einrichtungsgegenständen und Textilien, wie etwa Socken, Geschirrtücher oder Tischdecken. Kurz vor seiner Deportation am 10. November 1941 setzte sich zum Beispiel das verbliebene Vermögen des Textilhändlers Leo G. aus München nur noch aus drei Lampen und einem Kühlschrank zusammen. Sein Sohn verfügte noch über 25 Reichsmark.⁶⁶ „Um die unzähligen, in letzter Zeit auftretenden Schulden mittelloser Juden abdecken zu können“, so die offizielle Begründung von Fiskus und Partei, etablierten in München das Oberfinanzpräsidium, die Überwachungsabteilung der Devisenstelle und der „Treuhänder gemäß Beschluss des Regierungspräsidenten“ 1942 einen „Ausgleichsfond zur Abgeltung von Forderungen arischer Volksgenossen an mittellose Juden“. Derartige Beträge legte Wegner für die in den Sammellagern konzentrierten oder bereits deportierten Juden, die noch Vermögenswerte besaßen, meist in dreistelliger Höhe fest. Unter der Kontrolle der Fiskalverwaltung oblag die Verfügung über diese Werte der „Arisierungsstelle“.⁶⁷

Auch die Überwachungs- und Entziehungspraktiken von Zollfahndungs- und Devisenstellen rückten nach 1938 vermehrt ins Zentrum des Blickfeldes der Betroffenen. Es handelt sich hier um einen der wenigen Bereiche, in denen ausführlichere Schilderungen der Verfolgten über die Praxis der einzelnen Beamten vorhanden sind. Dies liegt wohl vor allem daran, dass die jüdischen Emigranten bei der Verpackung und Verladung von Umzugsgut in direkten Kontakt mit den Beamten der Devisenstelle kamen und dass die zu transferierenden Wertgegenstände oftmals die einzige verbliebene Möglichkeit eröffneten, überhaupt Vermögen ins Ausland mitzunehmen. Gerade bei der Behandlung von Umzugsgut der Auswanderer wird deutlich, wie sich die Einstellung der einzelnen Beamten zur jüdischen Bevölkerung in zwischenmenschlichen Begegnungen und Gesten offenbarte. So schilderte etwa der Textilhändler Ludwig R., der noch im März 1941 in die USA auswandern konnte, die Verpackung und Verladung seines Umzugsgutes im Bei-

⁶⁵ Die Vermögensverzeichnisse sind in dem Bestand der „Vermögensverwertungsstelle“ des OFP München nahezu vollständig erhalten geblieben.

⁶⁶ Vermögenserklärung Leo G.s vom 10. 11. 1941; OFD Nürnberg/B I/514–517.

⁶⁷ Schreiben des „Treuhänder gem. Beschluss des Regierungspräsidenten“ an den OFP München vom 9. 7. 1942 im Falle von Arthur D.; OFD Nürnberg/B III/362.

sein von Beamten der Devisenstelle München. Die Beamten hätten das Gepäck durchsucht, keine Einwände vorgebracht und die Koffer gingen dann über Stuttgart nach Lissabon.⁶⁸

Die Erfahrungen der Tochter eines Münchner Textilhändlers waren ebenfalls durchaus gut. In ihren Erinnerungen schilderte sie das Verhalten eines Beamten, der ihr Umzugsgut kontrollierte. Dieser habe sich nicht nur anständig verhalten, er habe sogar mit Absicht weggeschaut, als die Familie nicht genehmigte Wertesachen in die Kisten packte.⁶⁹

Ganz anders erlebte hingegen die Arztgattin Charlotte Stein-Pick die Überwachung des Umzugsgutes durch einen Beamten der Zollfahndungsstelle. Bereits auf der Dienststelle seien sie ständigen Diskriminierungen ausgesetzt gewesen. Als besonders schikanös empfand Frau Stein-Pick die Aussortierung ihres „Kulturgesetzes“. Ständig sei es ihr zur Auflage gemacht worden, Teppiche oder Accessoires aus ihrer Wohnung zu veräußern. Altdeutsche Möbel seien kurzerhand unter Denkmalschutz gestellt worden und durften daher nicht mehr verkauft werden. Sie habe die Dinge an Trödler abgeben müssen, die lächerliche Preise bezahlt hätten. Diskriminierend habe sich vor allem der Beamte benommen, der das Umzugsgut überwachte. Er habe sich Möbelstücke für den eigenen Bedarf ausgesucht und an diese „Geschenke“ sein wohlwollendes Verhalten gekoppelt. Zusätzlich zu einem opulenten Mal mit Rotwein habe er 500 Reichsmark als Stillhaltegeld verlangt.⁷⁰

Der Inhaber des Volkskunsthause Wallach beschrieb nach dem Krieg Zollbeamte, die sich aus dem Lift das genommen hätten, was ihnen gefiel, um es dann als Gebühren und Abgaben zu deklarieren.⁷¹ Schließlich erinnerte sich auch der Rechtsanwalt Kurt Bing in Nürnberg an die Verfolgung durch Zollfahndung und Devisenstelle, denen er eine besondere Bedeutung im Ausschaltungsprozess beimaß.⁷²

Besonders eindrucksvoll sind die Folgen bürokratischer Verfolgung bei dem 1938 nach Haifa ausgewanderten jüdischen Unternehmer Alfred Heller alias Dr. Seligmann aus München dokumentiert. In seinen 1990 erschienenen Erinnerungen beschreibt er die Erfahrungen bei der Vorbereitung der Emigration in der bayerischen Landeshauptstadt: „Die Gestapo, die Polizei, das Paßamt, die Auswanderungs-Beratungsstelle, das Stadtrentamt, die Vermögensverwertungsstelle, das Devisenamt, die Devisenüberwachungsstelle und das Zollamt – alle diese Ämter beschäftigten sich mit dem Auswanderer, alle sie beschäftigten den Auswanderer wochenlang, monatelang. Und alle hatten Neben- und Unterstellen, hatten ihre Stadien und Verfahrensarten. Da waren Anträge, Gesuche, Listen, Erklärungen zu schreiben, Formulare auszufüllen. Wer sich bis zu dem Gewaltigen in

⁶⁸ Schreiben Ludwig R.s an die OFD München vom 5. 11. 1958; OFD Nürnberg/Münchner Keller/BA 2410.

⁶⁹ Meros, Träumen, S. 17.

⁷⁰ Stein-Pick, Heimat, S. 76 f.

⁷¹ History of Wallach, S. 38; LBI Berlin/MM/79; Erinnerungen von E.B.H., der sich ebenfalls an die Leibesvisitationen und das Vorgehen gegen Devisenschieber erinnerte; E.B.H.: Munich 1933–1938; LBI Berlin/MMII/18.

⁷² Erinnerungen Kurt Bings, S. 38 ff.; StadtAN/F5/QNG/494/1.

einem Büro durchgestoßen und durchgewartet, war in zwei Minuten wieder draußen. Unbefriedigt, unwillig, abgespeist. Die Abrechnung machte größte Schwierigkeiten, die Werte schmolzen wie Schnee an der Sonne. Was in den Jahrzehnten aufgebaut und zusammengetragen, ging in Augenblicken verloren. Da waren die gesetzlichen Abgaben, die Reichsfluchtsteuer, die sogenannte ‚Grünspan-Abgabe‘. Es war eine kaum verhüllte Vermögenskonfiskation, die nur Juden betraf und von der nun ein fünftes erhoben wurde. Dr. Seligmann zahlte, und zahlte Gebühren für möglicherweise nachträglich anfallende Gas- und Elektrizitätsrechnungen, und eine ebenso wenig weiter erklärbare Fremdenverkehrsabgabe. Zahlte die Vermögensaufnahme, und die Schätzung des Umzugsgutes, und die nicht genossene Auswanderungsberatung, und auch die Kosten für die nie gesehene Bilanz.“⁷³

Die Folgen fiskalischer Verfolgung gingen offenbar weit über finanzielle Einbußen hinaus. Zumindest betonen Sozialpsychologen die immateriellen Schäden durch den Verlust von Besitz, hervorgerufen durch dessen identitätsstiftende Wirkung. Folgt man dieser Annahme, so verursachte der Verlust von Eigentum auch deshalb bleibende Nachwirkungen, da „Dinge, die nicht mehr vorhanden sind, es aber einmal waren, gleichwertig oder übermächtig neben dem stehen, was realiter vorhanden ist“.⁷⁴

Die Beschreibungen von Alfred Heller, der kurz vor seiner Auswanderung noch einmal seine kurz vor der Veräußerung stehenden Räumlichkeiten betrat, verweisen auf die psychosozialen Folgen des Besitzverlustes: „Es war so merkwürdig, dieser eigene Ausverkauf, der nun schon nicht mehr ein Abstoßen des Überflüssigen, der eine wirkliche Liquidierung der ganzen Vergangenheit, ein Flüssigmachen des noch vorhandenen war – um daraus das Leben zu erhalten, bis die Ausreise möglich wäre. Immer größer wurde die Leere der Wohnung, immer geringer die erzielten Preise; immer größer der Unterschied zwischen Wert und Preis und immer dringender die Geldnot.“⁷⁵

Die Arztgattin Charlotte Stein-Pick erinnerte sich ebenfalls an die durch die Abgaben vor der Emigration hervorgerufene Situation, was ein abschließendes Zitat verdeutlichen soll: „Unerbittlich wurden die altvertrauten Räume ausgeleert, unerbittlich starrten uns bald die kahlen Wände an, in denen sich mein Leben seit frühester Kindheit abgespielt hatte. Obwohl es eine große Aufgabe war, immer wieder damit umzuziehen, es war solch ein Trost und eben ein Stückchen der alten Heimat, diese lieben, gewohnten Dinge an uns zu haben in fremdem Land. Unser Heim gab uns Kraft und Stärke, die Schwierigkeiten der ersten Jahre zu überwinden, und noch heute, da unser Leben in ruhigeren Bahnen verläuft, fühlen wir uns geborgener, umgeben von unseren alten Möbeln, Bildern und Zinn. Zehn Mark durfte jeder von uns mitnehmen, zehn lächerliche Mark und alles, was der Hände Arbeit von Vater und Mann geschaffen hatte blieb zurück. Als Bettler stieß man uns in die Fremde. Aber bei diesem Abschied blieb ein Stück unserer Seele in der

⁷³ Heller, Auswanderung, S. 18–21.

⁷⁴ Welzer, Vorhanden/Nicht-Vorhanden, S. 289.

⁷⁵ Heller, Auswanderung, S. 23.

Heimat hängen und wird nun ewig mit all den vielen anderen Seelchen, denen es so erging wie den unseren, rastlos und suchend umherziehen.“⁷⁶

III. Reaktionen

Selbst angesichts der weitreichenden Folgen der Ausplünderung und des immer perfekter funktionierenden Unterdrückungsapparates war jüdisches Leben in Bayern nicht nur auf die fast vollständige Verarmung, Entrechtung und Isolation reduziert. Bemerkenswert ist vielmehr der auch in den letzten Jahren jüdischen Lebens im NS-Staat vielfach dokumentierte Überlebenswille, der sich in vielen Formen und Schattierungen ausdrückte. Deutlichsten Niederschlag finden hierbei die Versuche der Vermögensrettung ins Ausland. Sie verweisen neben der Vielfalt der Reaktionen der Betroffenen auch auf die Hilfestellungen eines Teils der nicht-jüdischen Bevölkerung, die sich der antisemitischen Politik des Regimes entgegensetzte. Der in München-Schwabing lebende Arzt Dr. Berthold B. etwa organisierte zusammen mit dem Münchner Zahnarzt Dr. H. und einem dänischen Konsul im Sommer 1938 den Transfer von Wertgegenständen über Diplomatengepäck. So transferierten die Mediziner über den dänischen Generalkonsul mehrmals Geldscheine, Goldstücke, Edelmetall oder Briefmarken in die Schweiz. Über Zürich konnten so im Ausland lebende Juden mit entsprechenden Wertgegenständen versorgt werden.⁷⁷

Dabei handelte es sich offensichtlich um keinen Einzelfall. Bereits im Januar hatte der Finanzminister die Oberfinanzpräsidenten darauf aufmerksam gemacht, dass wiederholt Wahlkonsuln wegen Devisenvergehen straffällig geworden seien.⁷⁸ Hierauf verweisen auch die bereits geschilderten Schulungen der Beamten über Versuche der „illegalen“ Vermögensrettung.⁷⁹

Zu den angestrebten Versuchen der Vermögensrettung trugen auch personelle Netzwerke und Verbindungen bei. So gelang es der Familie der Gattin eines Münchner jüdischen Arztes, den Inhabern der Löwenbräu AG, beträchtliche Vermögenswerte zu transferieren. Dank der internationalen Bedeutung ihres Unternehmens und der guten Kontakte der Familie erreichten sie ein Koppelungsgeschäft mit dem Reichswirtschaftsministerium, das nicht nur den Transfer von Geld und Waren, sondern auch die Zurückstellung ihres Ausbürgerungsverfahrens ermöglichte.⁸⁰

Fast unwirklich mutet schließlich das erfolgreiche Bemühen der Eltern des renommierten Münchner Arztes Ludwig B. an, von der Zahlung verschiedener Sondersteuern befreit zu werden. Sie hatten unmittelbar nach dem erfolglosen

⁷⁶ Stein-Pick, Heimat, S. 79–81.

⁷⁷ Ermittlungsbericht der Zollfahndung Friedrichshafen vom 7. 6. 1938; BAB/R 2/5926.

⁷⁸ Schreiben des RdF an die Oberfinanzpräsidien vom 28. 1. 1938; ebd.

⁷⁹ Ermittlungsverfahren gegen den Pferdehändler Siegmund S., der Edelsteine ins Ausland geschmuggelt hatte; Beschluss des Ermittlungsrichters vom 22. 9. 1938; StAW/Gestapo/14436.

⁸⁰ Munding, „Arisierung“, S. 26 ff.

Putschversuch der Nationalsozialisten im November 1923 den verletzten Hermann Göring versorgt und konnten daher nicht nur eine erhebliche Reduzierung ihrer „Judenvermögensabgabe“, sondern auch den Erlass der „Reichsfluchtsteuer“ erreichen.⁸¹

Insgesamt gelangten erhebliche Geld- und Warenbestände an den strengen Devisenregelungen vorbei ins Ausland. In Antwerpen nahm der Zustrom von „Fluchtkapital“ im Jahr 1938 derartige Ausmaße an, dass der Kurs der Reichsmark auf den Niedrigstand von 3,5 Franc gedrückt wurde. Allein den Wert der nach Belgien gebrachten Reichsbanknoten schätzte das Auswärtige Amt auf mehrere Milliarden Reichsmark.⁸² Auch in Bezug auf das Einwanderungsland USA wies das Devisenfahndungsamt eindringlich auf Päckchen mit unauffälligem Inhalt hin, die aber oftmals erhebliche Wertgegenstände enthalten würden.⁸³

Die spektakulären Einzelfälle dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der größte Teil der jüdischen Bevölkerung nicht über derartige Verbindungen verfügte und sich der Gefahr des „illegalen“ Vermögenstransfers nur äußerst selten aussetzte. Für den erfolgreichen Kapitaltransfer nennenswerter Summen ins Ausland waren in der Regel Barvermögen und internationale Kontakte notwendig. Während daher einigen der traditionell international agierenden Nürnberger Hopfenhändlern die Umgehung fiskalischer Zwangsmaßnahmen gelang, da sie für ihre Unternehmen im Ausland als Vertreter weiterarbeiteten und so die noch offenen Exportaußenstände vereinnahmen konnten⁸⁴, verfügten weder die breite Masse des mittelständischen Einzelhandels noch die jüdischen Viehhändler in der ländlichen Region über entsprechende Möglichkeiten. Darüber hinaus waren derartige Strategien mit enormen Risiken verbunden. So wurde der oben genannte dänische Wahlkonsul nach einer vorhergehenden körperlichen Durchsuchung festgenommen und verlor seine Stellung. Der beteiligte Arzt Dr. Berthold B. konnte von den geretteten Vermögenswerten selber nicht mehr profitieren. Auch ihn verhaftete und verhörte die Zollfahndung in ihren Diensträumen München, wo der Mediziner im Laufe der Untersuchungen Selbstmord beging.⁸⁵

Die prinzipiell fehlenden Möglichkeiten des Kapitaltransfers machten sich auch in den stetig steigenden Zahlen rückwandernder jüdischer Emigranten bemerkbar, der die Bayerische Politische Polizei allerdings seit Anfang 1935 einen Riegel vorschieben wollte, indem sie den Grenzübertritt von vorneherein verhinderte beziehungsweise männliche Emigranten unmittelbar nach Betreten deutschen Bodens nach Dachau und Frauen ins Konzentrationslager Moringen verschleppte.⁸⁶

Aus zwei weiteren Gründen ist hinsichtlich quantifizierender Angaben über den „illegalen Kapitaltransfer“ Vorsicht geboten. Sie entsprachen erstens dem von der nationalsozialistischen Propaganda entworfenen Zerrbild, das immer wieder

⁸¹ Mahl, Hofmöbelfabrik.

⁸² Schreiben des Deutschen Generalkonsulats an das AA vom 28. 6. 1938; BAB/R 2/56075.

⁸³ Schreiben des Devisenfahndungsamts an den RdF vom 30. 1. 1939; BAB/R 2/56065.

⁸⁴ Bericht der Devisenstelle Nürnberg vom 22. 4. 1938; OFD Nürnberg-Bund/11054.

⁸⁵ Ermittlungsbericht der Zollfahndungsstelle Friedrichshafen vom 7. 6. 1938; BAB/R 2/5926; Schreiben des OFP Württemberg an den RdF vom 17. 6. 1938; ebd.

⁸⁶ Schreiben der Bayerischen Politischen Polizei vom 21. 3. 1935; StAN/LRA Ansbach/Abgabe 1961/2224.

auf „kriminelle jüdische Kniffe und Methoden“ aufmerksam machte.⁸⁷ Obwohl von den Behörden in der Öffentlichkeit als „typisch jüdisch“ gebrandmarkt, waren Reichsmarkschmuggel und Devisenvergehen zweitens ein Phänomen, das sich nicht auf jüdische Emigranten beschränkte. Kapitalschmuggel in großem Stil wurde in Nürnberg von „Volksgenossen“ durchgeführt, die Geldnoten am Körper oder mit Postsendungen ins Ausland verbrachten.⁸⁸ Auch die internationale Presse beschäftigte sich mit dem Phänomen des Schmuggels und der daraus resultierenden Baisse an der deutschen Börse, führte dieses Phänomen aber nicht auf verfolgte Juden, sondern auf Industrielle und Parteigrößen zurück, die aus Angst vor Vermögensverlusten im Rahmen eines Krieges ihr Vermögen ins Ausland zu retten trachteten.⁸⁹

Weniger spektakulär waren die von der Vermögenslage und sozialen Stellung unabhängigen Versuche, die durch das NS-Regime verhängten Berufsverbote und Boykotte zu umgehen. Sie spiegeln nicht nur den Mut jüdischer Gewerbetreibender, sondern vor allem auch deren verzweifelte Situation wider. Hierzu zählte die Gründung von „Scheinfirmen“ genauso wie die Verwendung falscher Angaben auf Briefköpfen. Im September 1938 beklagte sich die Bayerische Politische Polizei gegenüber dem Bezirksamt Freising über Schreiben jüdischer Firmen, die einen deutschen Charakter suggerieren würden.⁹⁰ Auch die Gendarmeriestation Gunzenhausen meldete Fälle, in denen sich jüdische Firmen weiterhin als „arisch“ bezeichneten und Kunden die Waren zum Stadtausgang lieferten, offensichtlich um den Eindruck zu erwecken, es sei nichts in einem jüdischen Geschäft gekauft worden.⁹¹

Strategien gegen die Verfolgung durch den NS-Staat zeigten sich schließlich auch in kleineren Gesten des Widerstands, die den Überlebenswillen und die Kampfbereitschaft der Betroffenen nicht weniger eindrucksvoll unter Beweis stellen. Der Münchner Textilhändler Hermann L. versuchte sich etwa gegen die Willkür der Devisenstelle zur Wehr zu setzen. Er kämpfte hierbei um die Freigabe eines Betrages von 11 800 Reichsmark auf einem gesicherten Konto, den die Finanzverwaltung für die anfallende „Judenvermögensabgabe“ einbehalten wollte. „Ich erkläre ihnen nochmals“, so der Textilhändler, „dass ich keinen Heller illegal nach dem Ausland verbracht habe und dass ich hier von der Unterstützung meines amerik. Bruders ganz bescheiden lebe. Ich bin auf jeden Pfennig des mir widerrechtlich zurückgehaltenen Vermögens angewiesen und darf wohl annehmen, dass

⁸⁷ Artikel „Der Schwindel des vergesslichen Juden“ im „Stuttgarter NS-Kurier“ 47 vom 28. 1. 1939 und Schreiben der Zollfahndungsstelle Stuttgart an die dortige Justizpressestelle vom 14. 2. 1939; BAB/R 2/56072.

⁸⁸ Schreiben des OFP Nürnberg an den RdF vom 28. 10. 1938; BAB/R 2/56075.

⁸⁹ Hierbei handelte es sich um Artikel in der „London Times“ und dem „Daily Express“; Pressestelle des RdF Nr. 358/38 und 359/38; BAB/R 2/56075.

⁹⁰ Schreiben der Gestapo an das Bezirksamt Freising vom 10. 9. 1938; StAM/LRA/116523; exemplarisch zur Gründung von Tarnfirmen siehe den Fall der Hopfenhandlung Martin W.; StAN/WB III/a/4511.

⁹¹ Schreiben der Gendarmeriestation Gunzenhausen an das Bezirksamt vom 29. 11. 1936; StAN/LRA Gunzenhausen/Abgabe 1961/4603.

Sie sich mit meinen, Ihnen gegebenen Aufschlüssen zufrieden geben und mir den Rest meines Vermögens frei geben.“⁹²

Eines weiteres der allerdings nur selten überlieferten Beispiele ist das des Inhabers eines Münchner Bekleidungsgeschäfts, Emil Katz, der als wütende Reaktion auf antisemitische Schmierereien ein Plakat am Schaufenster seines Geschäfts platzierte: „Ihr Anstreicher! Warum opfert Ihr Eure Nachtruhe, um anzuschreiben, daß ich Jude sei. Ich habe das noch nie geleugnet und meine Giesinger Kunden wissen es auch. Diese wissen aber auch, daß ich mir in den 15 Jahren, in welchen ich das Geschäft habe, noch nie habe etwas zu schulden kommen lassen. Ich habe keinen Grund ‚abzuhauen‘, denn seit Jahrhunderten sind meine Väter Deutsche und ich habe mit meinen beiden Brüdern mein Leben für mein Vaterland Deutschland eingesetzt. Ihr jungen Herrn ‚Anstreicher‘ waret noch nicht einmal in den Windeln gelegen. Da habe ich an der Westfront und in der Hölle von Verdun mehr wie einmal dem Tod ins Auge gesehen [...] und so dabei mitgewirkt, daß Eure Mütter Euch in Ruhe zur Welt bringen können. Allein kann ich gegen Euch nichts ausrichten, aber leistet erst einmal das für Deutschland, was ich geleistet habe und ich glaube nicht, daß ihr noch den Mut habt, mir solche Schande anzutun.“⁹³

Immerhin konnte Emil Katz mit seinem Plakat einen heftig debattierenden Menschauflauf vor seinem Geschäft provozieren. Der Geschäftsmann nutzte die Gunst der Stunde, um die Anwesenden mit seinen Kriegsverdienstorden von seinen Leistungen für das Vaterland zu überzeugen. Das Plakat wurde dann zwar beschlagnahmt, aber – hier stellt das Schicksal des Münchner Unternehmers eine Ausnahme dar – ohne weitere Folgen für Emil Katz. Ihm gelang im Jahr 1937 die Emigration in die USA.⁹⁴

Bemerkenswert ist darüber hinaus das Verhalten einiger jüdischer Viehhändler Unterfrankens, die die angeordneten Preise im Zuge der Zwangsenteignung nicht ohne weiteres zu akzeptierten bereit waren. Der Widerstand jüdischer Viehhändler schlägt sich besonders in den Verhandlungen über die Veräußerung der Grundstücke nieder. So weigerte sich etwa der bereits genannte Viehhändler Max S. aus Völkersleier bis 1942, dem Verkauf einer weiteren Parzelle seines Landesbesitzes zuzustimmen. Weder der Landrat noch die Kreisbauernschaft hatten es offenbar vermocht, Max S. den Verkauf aufzuzwingen. Noch am 10. April 1942 notierte der Landrat in der „Akte S.“, dieser würde immer noch ablehnen, Verhandlungen über die Veräußerung seines Grundbesitzes zu führen. Letztlich blieb die Weigerung des jüdischen Viehhändlers jedoch erfolglos. Wie der Landrat in der gleichen Notiz vermerkte, müsse der Viehhändler ohnehin mit seiner baldigen Evakuierung rechnen. Nach der Deportation „in den Osten“ wurde der Besitz dann an die Gemeinde Völkersleier verkauft.⁹⁵

⁹² Schreiben Hermann L.s an das Finanzamt München-West vom 13. 2. 1939; OFD Nürnberg/BA/1000.

⁹³ StAM/Polizeidirektion/14314; auch abgedruckt in Seidel, Gemeinde, S. 45.

⁹⁴ Seidel, Gemeinde, S. 47.

⁹⁵ Aktennotiz des Landrats vom 10. April 1942; StAW/LRA Hammelburg/3552.

Ähnliches galt für die Frau des jüdischen Viehhändlers Nathan H. aus Westheim. Im Juni 1939 notierte der Landrat: „Die Jüdin H. erklärt, sie habe laut Finanzamtsbescheid RM 5200 Vermögensabgabe zu leisten. Von der Kreisbauernschaft habe sie eine Aufforderung zur Veräußerung ihres Grundbesitzes in Westheim um 4100 RM erhalten. Sie leiste jedoch nicht eher ihre Unterschrift zu diesem Veräußerungsgeschäft, bis ein von ihr beim Finanzamt Hammelburg eingereichtes Gesuch um Ermäßigung der Abgabe auf Grund einer von ihr bei der Regierung eingereichten Vermögensveränderungsanzeige verbeschieden sei.“⁹⁶ Bis zur Auswanderung der Familie in die USA und der darauffolgenden vollständigen Vermögensentziehung wehrte sich das Ehepaar gegen die Veräußerung seines Grundbesitzes.⁹⁷

Aber selbst wenn es gelang, Vermögenswerte ins Ausland zu retten, dies sei abschließend noch einmal betont, blieb die Trennung von der Heimat oftmals für lange Zeit der überwältigende Eindruck. Als besondere Schikane empfand Else Thurnauer Baer aus Nürnberg die fehlenden Möglichkeiten, Kulturgut mit ins Ausland zu nehmen. Dennoch gelang es ihr, eine Porzellanuhr in die USA retten, die seither ihr Lieblingsstück geblieben war: „The bell is a lovely companion for sleepless nights.“ Sie erinnerte sie freilich auch Zeit ihres Lebens an ihre alte Heimat, der sie als wurzellose Emigrantin auf immer getrennt gegenüberstand.⁹⁸

⁹⁶ Notiz des Landrats Hammelburg vom 19. 6. 1939; StAW/LRA Hammelburg/3551.

⁹⁷ Schreiben der Kreisbauernschaft Hammelburg an den Landrat Hammelburg vom 24. 7. 1939; ebd.; vgl. auch die Weigerung des Viehhändlers Karl A., die Übernahmebedingungen zu akzeptieren; Briefwechsel zwischen dem Landrat und der Kreisbauernschaft Hammelburg, im Juli und August 1939; StAW/LRA Hammelburg/3551.

⁹⁸ Lebenslauf von 1996; Else Thurnauer Baer Collection; LBINY/ME/1246.